



# Protokoll der 6. Sitzung des Einwohnerrats

Freitag, 14. November 2025, 19.00 Uhr bis 20.38 Uhr  
Jakob und Emma Windler-Saal

---

Vorsitz	Daniel Ochsner	SVP	Präsident
Anwesende Mitglieder	Anton Adam	parteilos	
	Rafael Aragon	Pro Stein	
	Carolina Bächli	Pro Stein	
	David Böhni	SVP	
	Simone Good-Ehrensperger	parteilos	Zweite Vizepräsidentin
	Werner Käser	FDP	Erster Vizepräsident
	Peter Keller	SP	
	Beat Leu	GLP	Stimmzähler
	Ruth Metzger	SVP	
	Niels Müller	Pro Stein	
	Marco Suter	FDP	
	Waltraud Zepf Getto	SP	Stimmzählerin
	Ulrich Böhni	GLP	Baureferent
	Irene Gruhler Heinzer	SP	Werkreferentin
	Carla Rossi	parteilos	Gesellschaftsreferentin
	Roman Suter	FDP	Finanzreferent
	Corinne Ullmann	SVP	Stadtpräsidentin
	Timo Bär		Stadtschreiber
Abwesende Mitglieder	Claudio Götz	Pro Stein	
	Nicole Lang	parteilos	
Protokoll	Julia Schmid		

---

## Traktandenliste

Beschluss-Nr. 27

1. Protokollgenehmigung

Beschluss-Nr. 28

2. Teilrevision Verordnung über zweckgebundene Fonds (Fondsverordnung)

Beschluss-Nr. 29

3. Tausch Landwirtschaftsbetriebe Hof Unterwald und Erlenhof

Beschluss-Nr. 30

4. Volksinitiative «Erhalt und Aufwertung des Naherholungsgebiets Rhigüetli – Unser Juwel am Rhein, für eine l(i)ebenswerte Grünzone am Rhein»

Beschluss-Nr. 31

5. Bauabrechnung Sanierung Wasserleitung und Kanalisation Nägelisee sowie Ausbau Industriestrasse

Beschluss-Nr. 32

6. Orientierungsvorlage Bericht Frühe Förderung

Beschluss-Nr. 33

7. Informationen und Umfrage

**Einwohnerratspräsident Daniel Ochsner, SVP:** Aufgrund der Abwesenheit von Nicole Lang ist ein/-e Ersatzstimmzähler/-in aus der Bürgerlichen Fraktion für die Sitzung zu wählen. Beat Leu würde sich als Stimmzähler für diese Sitzung zur Verfügung stellen.

**Der Einwohnerrat beschliesst:**

Beat Leu wird als Ersatzstimmzähler für die Sitzung gewählt.

---

Beschluss-Nr. 27

**1. Protokollgenehmigung**

**Protokollgenehmigung 19. September 2025**

**Der Einwohnerrat beschliesst:**

Das Protokoll der Sitzung vom 19. September 2025 wird einstimmig genehmigt.

---

Beschluss-Nr. 28

**2. Teilrevision Verordnung über zweckgebundene Fonds (Fondsverordnung)**

**Vorstellung Traktandum**

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Aufgrund veränderter kantonaler Rahmenbedingungen haben sich der Stadtrat und die Jakob und Emma Windler-Stiftung – es gab eine Leistungsvereinbarung – einvernehmlich geeinigt, die Leistungsvereinbarung frühzeitig zu kündigen und ein Rahmenabkommen auszuarbeiten. Über das Rahmenabkommen wurde bereits in der Presse ausführlich berichtet. Das Rahmenabkommen wurde auch mit dem Amt für Justiz und Gemeinden besprochen und durch dieses geprüft. Es ist alles rechtens und korrekt. Das Rahmenabkommen bedingt nun eine Teilrevision des Fondsreglements. Deshalb gab es diese Ergänzung, dass die Gelder der Jakob und Emma Windler-Stiftung in den Fonds eingelegt werden können.

**Bericht Kommission**

**Beat Leu, GLP, GPK:** Die GPK hat sich mit diesem Fondsreglement auseinandergesetzt und ist zum Schluss gekommen, dass es durchaus eine sinnvolle Sache ist. Sie empfehlen, dass das Fondsreglement angepasst wird.

**Eintreten**

**Marco Suter, FDP, Bürgerliche Fraktion:** An der Fraktionssitzung vom 4. November 2025 haben sie den Antrag für die Teilrevision der Fondsverordnung eingehend besprochen. Sie sind der Meinung, dass nun eine vom Stadtrat gut verhandelte Lösung vorliegt und die neue Verordnung der Stadt einen wichtigen Beitrag in der bisherigen Grösse zusichert. Sie unterstützen den Antrag einstimmig und sind für eintreten.

**Waltraud Zepf Getto, SP, SP-Fraktion:** Auch die SP-Fraktion hat dies eingehend diskutiert und ist froh, dass es nun auf einem einfacheren Weg geregelt werden kann. Es bleibt allerdings noch folgende Frage: Die Gelder hat die Stadt bisher nach Eingabe erhalten. Wenn jetzt etwas übrig ist: Nach welchem Schlüssel oder nach welcher Art wird das Geld vergeben bzw. eingesetzt? Wird dies vom Stadtrat entschieden? Die SP-Fraktion ist für eintreten.

## Detailberatung

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Die Gelder werden gemäss Budget vom Einwohnerrat beschlossen und sie werden im Budget klar ausgewiesen. Sie findet es gut, dass der Einwohnerrat mehr Mitsprache hat. Wenn in einem Punkt, in dem Gelder gesprochen wurden, weniger gebraucht wird, dürfen nicht mehr als 20 % zurückbehalten werden. Unter Umständen wird es im nächsten Budget wieder so budgetiert und man sieht dann, wo man mehr verbrauchen konnte. Der Einwohnerrat sieht, was mit dem Geld gemacht wurde. Ansonsten wird der Stadtrat zumindest die GPK darüber informieren. Die Posten sind gemäss Budgetierung zweckgebunden und können nicht von einer Position zur anderen verschoben werden. Der Stadtrat versucht es im Jahr 2026 so – es ist eine neue Erfahrung. Sie denkt, dass sie keine Posten ausgesucht haben, in der die Gefahr besteht, dass viel übrigbleibt, vor allem auch nicht, da sie kein Risiko eingehen möchten, dass Gelder verloren gehen. Wenn das Geld noch nicht abgerufen werden konnte, da ein Projekt noch nicht so weit ist, ist das kein Problem. Dieses darf rüber genommen werden, bis ein Projekt abgeschlossen und abgerechnet werden kann. Beispielsweise wurde beim Mahlzeitendienst ca. CHF 70'000.00 eingesetzt. Wenn weniger Geld benötigt wird, da weniger Mahlzeiten bezogen werden, bleibt die Differenz beim Mahlzeitendienst und kann im nächsten Jahr neu budgetiert werden. Aber auch dies wird wieder vorgelegt.

### Der Einwohnerrat beschliesst:

Die Teilrevision der Verordnung über zweckgebundene Fonds (Fondsverordnung) wird einstimmig genehmigt.

---

Beschluss-Nr. 29

### 3. Tausch Landwirtschaftsbetriebe Hof Unterwald und Erlenhof

**David Böhni, SVP:** Das Traktandum Tausch Landwirtschaftsbetriebe Hof Unterwald und Erlenhof ist Teil der Landwirtschaftsstrategie und verbunden mit einer neuen Pachtverteilung, in der auch er als möglicher Pächter in Frage kommt. Gemäss Art. 23 «Ausstand» der Geschäftsordnung tritt er als Mitglied des Einwohnerrats bei der Behandlung dieses Geschäfts in den Ausstand, da es ihn persönlich betrifft. Bevor er in den Ausstand tritt, möchte er noch folgendes mitteilen: Er konnte seine Meinung in der einzigen bürgerlichen Fraktionssitzung einbringen. Trotzdem bedauert er es sehr, dass er als Einwohnerrat, mit seiner Meinung nach dem grössten Fachwissen, was die Landwirtschaft anbelangt, auch zum bäuerlichen Bodenrecht im vorliegenden Geschäft, nicht Einsitz in der Landwirtschaftskommission nehmen durfte. Zumal aus dem Einwohnerrat, ein ehemaliger Mitpetitionär und ein Sympathisant der Rhigüetlipetition auch der Kommission beiwohnen durfte bzw. jetzt noch beiwohnt. Er denkt, dass er mit seiner über 20-jährigen Erfahrung als Bauer und mit seinem Hintergrundwissen, der Kommission wertvolle Inputs hätte geben können. Er möchte zudem den Stadtrat auffordern, seine Informationspolitik in Sachen Landwirtschaftsstrategie zu überdenken und die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über alle Geschäfte zu informieren. Eine Annahme oder Ablehnung eines Geschäfts hat immer auch Auswirkungen auf die weiteren Landwirtschaftsvorlagen. Die mangelnde Informationspolitik bei allen Landwirtschaftsgeschäften bildet fruchtbaren Nährboden für Initiativen und Falschaussagen von unter anderem ehemaligen Einwohnerräten in der Presse. All das hätte der Stadtrat mit einer offenen Informationspolitik verhindern können. Es ist aber nie zu spät, dies im Sinne der kommenden Vorlagen nachzuholen. Um seinen Ausstand auch räumlich klarzustellen, würde er für dieses Traktandum gerne ins Publikum sitzen, sofern dies in Ordnung ist.

**Einwohnerratspräsident Daniel Ochsner, SVP:** Ja.

## Vorstellung Traktandum

**Immobilienreferent Ulrich Böhni:** Er erläutert das Geschäft «Tausch Landwirtschaftsbetriebe Hof Unterwald und Erlenhof» anhand einer PowerPoint-Präsentation.

## Bericht Kommission

**Rafael Aragon, Pro Stein, Landwirtschaftskommission:** Der ausführliche Kommissionsbericht wurde bereits mit der Vorlage mitgesendet, weshalb an dieser Stelle nur noch eine Zusammenfassung präsentiert wird. Die Landwirtschaftskommission hat den geplanten Tausch der beiden Landwirtschaftsbetriebe Unterwald und Erlenhof zusammen mit dem Stadtrat sorgfältig geprüft. Der 41 ha grosse städtische Hof Unterwald soll mit dem 14 ha grossen privaten Erlenhof getauscht werden. Für die Kommission ist dieser Tausch sinnvoll, weil...:

1. ...die Trinkwasserversorgung dank der Quellschutzzone besser gesichert und betrieben werden kann.
2. ...die finanziellen Auswirkungen gering und weitgehend kostenneutral bleiben.
3. ...die gesetzlichen Vorgaben sowie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für beide Betriebe besser erfüllt werden können.
4. ...die landwirtschaftlichen Strukturen zwischen Stein am Rhein und Hemishofen weiter entflechtet werden.

Wichtig ist der Landwirtschaftskommission ausserdem, dass die Erarbeitung des zukünftigen Nutzungskonzeptes des Erlenhofs von einer eigenen, breit abgestützten, Kommission begleitet wird. Diese soll verschiedene Interessensgruppen und Institutionen einbeziehen. Sie empfehlen daher, dem Tausch zuzustimmen und eine solche Kommission einzusetzen.

## Eintreten

**Werner Käser, FDP, Bürgerliche Fraktion:** Die Bürgerliche Fraktion tut sich schwer mit diesem Geschäft. Grundsätzlich entspricht der Abtausch von Hofgütern der Landwirtschaftsstrategie. Bei der konkreten Prüfung sind mindestens zum Zeitpunkt der Fraktionssitzung noch einige Fragen offen gewesen. Zum einen nach der Bewertung beider Güter, zum anderen nach möglichen Alternativen. Mittlerweile haben sie die Erklärungen weitgehend erhalten. Er weiss nicht, wie die Fraktion jetzt entscheidet. Die Bürgerliche Fraktion ist für Eintreten, wird aber nicht geschlossen abstimmen.

**Waltraud Zepf Getto, SP, SP-Fraktion:** Auch in der SP-Fraktion war dies ein schwieriges Geschäft, welches sehr kontrovers diskutiert wurde. Es gibt keine einheitliche Meinung, sie sind aber eher für Eintreten.

## Detailberatung

**Ruth Metzger, SVP:** Sie hat nun viele Erklärungen und Ausführungen gehört. Sie hat dennoch Fragen und Vorbehalte, welche sie nun vorbringen möchte. Die Präjudizwirkung stimmt für sie nicht, da Land freigeschaffen wird mit diesem Tausch, was eine gute Sache ist und es wird auch verteilt. Wird es nicht freigeschaffen, kann es nicht verteilt werden. Das ist für sie nicht ganz stimmig. Sie möchte einen Antrag auf Rückweisung stellen, trotz allen Erklärungen.

Der Antrag lautet:

Der Einwohnerrat weist gemäss Geschäftsordnung Art. 29 des Einwohnerrates das Geschäft «Tausch Landwirtschaftsbetriebe Unterwald und Erlenhof» an den Stadtrat zurück mit dem Auftrag, ein wertgleicherer Verhandlungsergebnis auszuarbeiten. Dies erfolgt durch:

- Beitrag Tauschpartner an Wertausgleich
- oder

– Flächen in Pacht

Die neue Variante ist dem Einwohnerrat zur erneuten Genehmigung vorzulegen.

Sie unterstützt die landwirtschaftliche Gesamtstrategie der Stadt und anerkennt die Bedeutung des Tauschgeschäfts für den Trinkwasserschutz und die Entflechtung der Betriebe. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass mit dem vollständigen Abtausch des 41 ha grossen Hofes Unterwald ein grosser Teil des städtischen Bodens endgültig in privaten Besitz kommt, also aus dem Gemeindeeigentum entfällt. In einer Tauschlösung mit ergänzender Pachtregelung würde sie folgende Vorteile sehen:

- Dem Landwirt weiterhin die gleiche betriebswirtschaftliche Fläche zusichern, indem er die 41 ha Land vom Unterwald umtreiben würde
- Der Stadt erlauben, rund die Hälfte des Bodens im Eigentum zu behalten
- Die langfristigen Interessen vieler Steuerzahlenden und der öffentlichen Bodenpolitik wahren
- Eine wertgleichere Lösung für beide Vertragsparteien zur Folge haben

Die Rückweisung bezweckt keine Verzögerung oder gar Verhinderung der Landwirtschaftsstrategie, sondern die Optimierung der Vertragslösung im Sinne einer nachhaltigen und ausgewogenen Eigentumpolitik. Sie ist überzeugt, dass mit der Rückweisung und dem Auftrag wertgleichere Verhandlungsergebnisse erzielt werden, die Akzeptanz beim Stimmvolk grösser ist und wir eine mehrheitsfähige Vorlage erhalten.

**Werner Käser, FDP:** Er hat im Vorfeld ausführliche Gespräche mit verschiedenen Beteiligten bzw. Interessierten geführt. Dabei sind ein paar Fragen aufgetaucht, welche mit dem ergänzenden Schritt im Stadtrat, aber einigermassen befriedigend beantwortet werden konnten. Die Landwirtschaftskommission hat sich ebenfalls intensiv mit dieser Tauschvorlage befasst und empfiehlt Zustimmung. Angesichts dieser Erkenntnis und im Bestreben, sich von keiner Seite, weder von möglichen Nutzniessern noch von anderen Interessenten instrumentalisieren zu lassen, wird er diesen Rückweisungsantrag nicht unterstützen. Die Diskussion zum Tauschgeschäft müsste im Rahmen der Volksabstimmung noch einmal geführt werden.

**Ruth Metzger, SVP:** Sie hat im Leitbild auf Seite 18 gesehen, dass der Unterwaldhof abparzelliert wurde, was aber nicht mehr Thema war. Dies müsste demnach möglich sein nach dem Bundesgesetz über bäuerliches Bodenrecht. Es wäre also möglich. Sie weiss nicht, wieso dies komplett vom Tisch sein soll. Wollte eine Partei nicht mehr verhandeln oder versteht sie es falsch?

**Immobilienreferent Ulrich Böhni:** Die Grafik im ursprünglichen Konzept ist grundsätzlich falsch. Es wurde einmal angeschaut aufgrund anderer erster Bewertungen. Es wurden primär noch keine Verhandlungen geführt. Die Parzellierung kann man grundsätzlich beantragen. Man könnte – es geht gar nicht um die Frage, dass man das nicht kann. Es gibt zwar starke Einschränkungen bei Parzellierungen von Grundstücken, die in der Arrondierung des entsprechenden Hofes sind. Es gibt Einschränkungen vom Landwirtschaftsamt und den übergeordneten Behörden. Bei Einzonungsfragen kann man aber immer verhandeln. Bei Baurechtslösungen ist dies noch stärker eingeschränkt. Die Fragestellung ist aber nicht, ob die Grafik damals aufzeigt, dass man dies wollte, sondern sie zeigt die Ergebnisse aller Verhandlungen, Arrondierungen, grösseren Wert- und sinnvoller Betriebsgrössen und entsprechenden Entschädigungen. Auf Seiten der Verhandlungspartner geht es auch um wirtschaftliche Fragen. Wie viel liegt drin – angesichts auch der notwendigen Investitionen für eine entsprechende Betriebsform. Auch dies wurde angeschaut. Es handelt sich um Aspekte, die man respektieren muss. Dies ist das Ergebnis aller Aspekte. Und natürlich, wenn dies jetzt genehmigt werden würde, würde man noch einmal ein solches Gespräch führen. Was aufgrund von Gesprächen, Beurteilungen und externen Fachpersonen beurteilt wurde, zeigt, dass dieses Geschäft so abwickelbar ist. Dass man einfach höhere Entschädigungen einzieht oder eine Teilverpachtung des Grundstücks in die Wege leitet, hat nicht sehr grosse Realisierungschance.

### **Der Einwohnerrat beschliesst:**

Der Antrag von Ruth Metzger wird mit 3 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen abgelehnt.

### **Der Einwohnerrat beschliesst:**

Der Tauschvertrag zwischen der Einwohnergemeinde Stein am Rhein und Herrn Stefan Derrer über den Tausch des Grundstücks GB Hemishofen Nr. 318 gegen die Grundstücke GB Stein am Rhein Nrn. 115, 126, 179, 191, 193, 550, 568, 571, 1307, 1655 und 1897 wird mit 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung genehmigt.

---

Beschluss-Nr. 30

### **4. Volksinitiative «Erhalt und Aufwertung des Naherholungsgebiets Rhigüetli – Unser Juwel am Rhein, für eine l(i)ebenswerte Grünzone am Rhein»**

#### **Vorstellung Traktandum**

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Am 5. August 2025 wurde die Volksinitiative durch das Initiativkomitee eingereicht. Am 27. August 2025 hat der Stadtrat das Zustandekommen der Initiative festgestellt. Der Stadtrat hat daraufhin eine juristische Prüfung durch eine Anwaltskanzlei durchführen lassen. Ein elfseitiges Gutachten hat aufgezeigt, dass die Gültigkeitsvoraussetzungen aus zwei Gründen nicht erfüllt sind:

1. Verletzung der Einheit der Materie
2. Verstoss gegen übergeordnetes Recht

Beispiel Verletzung Einheit der Materie: Es steht, dass das Land im Eigentum der Stadt Stein am Rhein bleiben soll, dass der Natur- und Naherholungswert aufgewertet werden soll und dass es Gesamtplanung mit angemessenem Planungskredit erarbeitet werden soll. Zwischen diesen drei Aspekten besteht kein sachlicher Zusammenhang und diese könnten einzeln befürwortet oder abgelehnt werden. So würde das Volk mit einem Ja alle drei Fragen bejahen oder einem Nein alle drei Fragen verneinen. Dies verletzt die Einheit der Materie. Zum anderen wird gegen das übergeordnete Recht verstossen, da ein Planungskredit gesprochen werden muss, der unter Umständen ganz klar in die Kompetenz des Stadtrats gehört. Der Stadtrat wertschätzt die Arbeit des Initiativkomitees und sieht, was sie möchten. Das Anliegen der Initiantinnen und Initianten ist in vielen Punkten deckungsgleich mit der Landwirtschaftsstrategie. Teilweise bestehen dieselben Ziele. An dieser Stelle möchte sie betonen, dass jedes einzelne Geschäft der Landwirtschaft dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird - es wird nichts im Stadtrat entschieden. Aufgrund dieser Tatsachen muss der Stadtrat dem Einwohnerrat empfehlen, die Volksinitiative als Ungültigkeit zu erklären.

#### **Detailberatung**

**Simone Good, parteilos:** Die SP-Fraktion hat die Initiative und Bericht respektive den Antrag zur Ablehnung geprüft und diskutiert. Ihre Meinung zu dieser Initiative ist als solches noch nicht klar. Aufgrund der vorhandenen Argumente des Stadtrats bezüglich Gültigkeit bzw. Ungültigkeit lehnen sie die Initiative ab. Sie haben gehört, dass eine überarbeitete Initiative in Vorbereitung ist und warten gespannt auf den Inhalt.

**Werner Käser, FDP:** Die Bürgerliche Fraktion ist für Eintreten.

### **Der Einwohnerrat beschliesst:**

Die Volksinitiative «Erhalt und Aufwertung des Naherholungsgebiets Rhigüetli – Unser Juwel am Rhein, für eine l(i)ebenswerte Grünzone am Rhein» wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen für ungültig erklärt.

---

Beschluss-Nr. 31

### **Bauabrechnung Sanierung Wasserleitung und Kanalisation Nägelisee sowie Ausbau 5. Industriestrasse**

#### **Vorstellung Traktandum**

**Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer:** Der Stadtrat kann dem Einwohnerrat eine erfreuliche Bauabrechnung vorlegen. Der Kredit, der auch mit einem Nachtragskredit erhöht werden musste, musste nicht vollends ausgeschöpft werden. Abgesehen von kleineren Widrigkeiten in der ersten Phase der Bauarbeiten, wo es grössere Wasserleitungsschäden gab, verliefen die Arbeiten plan- und termingemäss. Es wurde bereits befürchtet, dass es so weitergehen wird, wobei die Leitungsschäden aber glücklicherweise behoben werden konnten. Diese Schäden hatten Auswirkungen auf das gesamte Netz der Kaltenbacherstrasse. Der Stadtrat beantragt dem Einwohnerrat die Bauabrechnung in der Höhe von Brutto CHF 815'530.00 mit Minderkosten von CHF 29'470.00 zu genehmigen.

#### **Bericht Kommission**

**Werner Käser, FDP, GPK:** Die GPK hat die Bauabrechnung geprüft und gesehen, dass sie mit Nettoinvestition von CHF 754'787.75 nach Abzug von Beiträgen Dritter abschliesst und erfreulich festgestellt, dass die Gesamtabrechnung mit Minderkosten von CHF 29'470.00 gegenüber dem Gesamtkredit abschliesst. Die GPK ist befriedigt, dass von der Kreditbewilligung bis zum Vorliegen der Bauabrechnung nur gut vier Jahre vergangen sind, was eine merkliche Verbesserung gegenüber früherer Bauabrechnungen darstellt. Mit der effizienten Projektabwicklung konnten die Subventionen der kantonalen Feuerpolizei gesichert werden. Auch die Kostenbeteiligung der Anstösser am Trottoir ist korrekt verrechnet und beglichen worden. Die GPK empfiehlt dem Einwohnerrat, die Bauabrechnung «Sanierung Wasserleitung und Kanalisation Nägelisee sowie Ausbau Industriestrasse» zu genehmigen.

**Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer:** Betreffend der Dauer der Bauabrechnung möchte sie noch erwähnen, dass mit dem Deckbelag gewartet werden musste, bis die Arbeiten in der Degerfelderallee abgeschlossen waren. Es hätte keinen Sinn gemacht, den Deckbelag schon früher einzubauen, wenn in der Nähe noch eine Baustelle ist.

#### **Eintreten**

**Beat Leu, GLP, Bürgerliche Fraktion:** Die Bürgerliche Fraktion ist für Eintreten.

**Waltraud Zepf Getto, SP, SP-Fraktion:** Die SP-Fraktion ist für Eintreten.

#### **Detailberatung**

Es gibt keine Wortmeldungen.

### **Der Einwohnerrat beschliesst:**

Die Bauabrechnung über die Bruttokosten von CHF 815'530.00 für die Sanierung Wasserleitung und Kanalisation Nägelisee sowie Ausbau Industriestrasse wird einstimmig genehmigt.

Beschluss-Nr. 32

## 6. Orientierungsvorlage Bericht Frühe Förderung

### Vorstellung Traktandum

**Gesellschaftsreferentin Carla Rossi:** Sie erläutert die Orientierungsvorlage «Bericht Frühe Förderung».

### Detailberatung

**Beat Leu, GLP:** In der beigelegten Situationsanalyse gab es Angaben zu den Massnahmen mit Kostenfolge. Gemäss Aussage von Carla Rossi gibt es Unterstützung der Jakob und Emma Windler-Stiftung. Es sind hohe Beträge. Wie ist die Finanzierung bis im Jahr 2028 sichergestellt? Ist dies rein über die Jakob und Emma Windler-Stiftung oder wie hoch ist der Anteil?

**Gesellschaftsreferentin Carla Rossi:** Die ist noch in Diskussion. Wie die Jakob und Emma Windler-Stiftung an der Sitzung im Rothen Ochsen mitgeteilt hat, ist immer die Frage, wie viel sich die Stiftung an einem Projekt der Stadt beteiligt und wie viel, als Staatsaufgabe deklariert werden und entsprechend durch die Stadt selber finanziert werden muss.

**Beat Leu, GLP:** Wurden bereits Rückstellungen getätigt, um die Massnahmen zu finanzieren? Es handelt sich um grosse Beträge, fünfstellige Beträge, welche zusammen eine hohe Summe ergeben.

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Die Jakob und Emma Windler-Stiftung hat den neuen Fokus mit den geplanten Förderungen, die sie jetzt machen dürfen, erst im Frühling abgesegnet. Es gibt neue Mitarbeitende und die ersten Gespräche stehen an. Es muss zuerst geschaut werden, was die Stadt für Anträge stellen muss. Für jedes Geschäft wird es eine separate Vorlage an den Einwohnerrat geben, ausser die Stiftung macht etwas komplett selbständig. In dieser neuen Situation müssen sich die Stadt und die Jakob und Emma Windler-Stiftung zuerst noch finden. Vor allem auch da die Stiftung neu auch selbst fördert.

**Simone Good, Parteilos:** Diese Thema wurde auch in der SP-Fraktion diskutiert. Sie bedauern, dass diese Orientierungsvorlage in keiner Kommission diskutiert wurde. Der Inhalt ist wichtig, auch als Orientierungsvorlage. Wie Carla Rossi bereits mitgeteilt hat, hat der Stadtrat am 28. Juni 2023 die Arbeitsgruppe Frühe Förderung eingesetzt, mit dem Auftrag, die Situation zu analysieren und Massnahmen daraus vorzuschlagen. Der Bericht liegt vor und zeigt auf, dass wir eigentlich schon sehr viele und gute Angebote haben, dass sie aber nicht allen bekannt sind, vor allem denjenigen, die sie bräuchten. Es fehlt ein Netzwerk, das Familien durch alle Angebote, die es gibt, begleitet. Es gibt viele Angebote im Kanton Schaffhausen, aber die Leute in Stein am Rhein wissen nichts von diesen Angeboten. Über den Kanton bezahlen wir einen Teil davon. Der Austausch zwischen den Fachleuten ist sehr wichtig in diesem Bereich. Ein Teil davon wäre auch die Unterstützung, beispielsweise im Thema Datenschutz, damit sich die Leute austauschen können, um den Familien zu helfen. Weiter wird aufgezeigt, dass die heute teilweise sehr wichtigen Angebote in der frühen Kindheit auch eine entsprechende Qualität aufweisen sollen, damit die Kinder die Förderung erhalten, die sie benötigen. Gemäss Stadtrat sollen die Massnahmen etappenweise erfolgen und man hofft auf die Unterstützung der Jakob und Emma Windler-Stiftung. Dieses Vorgehen unterstützen sie. Sie möchte an dieser Stelle betonen, dass es wichtig ist, dass der Auftrag bei der Stadt bleibt und nicht komplett an die Stiftung übergeht. Denn es sind die Einwohnerratsmitglieder, die Vereine etc. die Familien, die es betrifft. Wir sollten mitreden und Verantwortung übernehmen für das Thema Kinder. Die Entwicklung der kleinen Kinder von 0-6 Jahren ist sehr prägend für den Rest des Lebens. Von dem, was wir den kleinen Kindern heute mitgeben können, werden sie im späteren Leben profitieren. Sie unterstützen die Vorlage und hoffen, dass es weitergeht.

**Waltraud Zepf Getto, SP:** Es ist eine Vorlage. Aber auch im Unicef-Label ist dieses Thema bereits enthalten. Wie sie jetzt höre, ist es noch so weit weg, dass im Stellenplan noch nichts ersichtlich ist. Ist das korrekt?

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Ja.

**Waltraud:** Sie hofft, dass es bald weitergeht und man den Kleinen helfen kann.

---

Beschluss-Nr. 33

## 7. Informationen und Umfrage

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Am 29. Oktober 2025 hat der Stadtrat per 1. Januar 2026 die Einführung einer neuen Parkkarte beschlossen. Es handelt sich um eine Tages- und Nachtparkkarte, die auch berechtigt, im Parkhaus Grossi Schanz zu parkieren. Die Parkkarte kostet CHF 150.00 pro Monat. Sie ist limitiert auf 30 Stück, um zu schauen, wie es funktioniert. Diese Parkkarte kann man für sechs Monate beziehen oder für ein ganzes Jahr. Es gibt keinen zugesicherten oder nummerierten Parkplatz. Man kann aber auf dem gesamten Stadtgebiet parkieren. Es ist ein Pilot für zwei Jahre. Dieses Angebot gilt nur für Einwohnerinnen und Einwohner in der Altstadt, da vor allem sie ein Parkierungsproblem haben. Der Stadtrat hofft, dass das Angebot anläuft. Irgendwann wird der Parkplatz Untere Obschtmäärk aufgehoben und spätestens dann wird sich das Parkhaus füllen.

**Ruth Metzger, SVP:** Ist diese Parkkarte auch auf den Kurzzeitparkplätzen im Zentrum gültig?

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Nein, sie ist nur auf den Langzeitparkplätzen gültig.

**Waltraud Zepf Getto, SP:** Das ist eine super Lösung und gute Idee, damit man etwas finanzieren kann, was wir bezahlen müssen. Sie ist sich sicher, dass es genügend Bewohner in der Altstadt sind, die über diese neue Parkkarte froh sind.

**Baureferent Ulrich Böhni:** Das Schiffländiprojekt lag auf es gab einige Einwendungen. Ein Teil davon sind baurechtliche Einwendungen und die anderen sind politisch-orientierte Einwendungen mit Vorbehalt gegenüber dem Projekt. Dies wurde nun alles sehr intensiv und vertieft bearbeitet. Es gibt entsprechende kleine Anpassungen aufgrund korrekter baurechtlicher Hinweise. An der übernächsten Stadtratssitzung wird dieser Baurechtsentscheid verabschiedet und den Einwendern zugestellt. Anfangs nächstes Jahr steht fest, ob es Einsprache gibt oder nicht. Und anschliessen kann der Terminplan angepasst und festgelegt werden.

**Werner Käser, FDP:** Wann wird der Pumptrack fertig begrünt? Im Sommer wurde versprochen, dass die Bepflanzung und Begrünung im Herbst stattfinden, wobei im Oktober die ideale Zeit dafür gewesen wäre. Jetzt Mitte November ist es sehr bescheiden bepflanz und die braunen Flächen sind noch nicht begrünt.

**Baureferent Ulrich Böhni:** Die Anlage wurde noch nicht abgenommen, da genau diese Pendenzen noch hier sind. Es gibt auch noch eine Pendezen beim Zutritt, die noch nicht so ist, wie vertraglich vereinbart. Die provisorischen Bänke müssen durch definitive ersetzt werden. Die Sonnensegel werden im Frühling montiert. Wie auch im Schulhaus Schanz hat man gewartet, bis das Laub mehr oder weniger durch ist. Die Bepflanzung beim Schulhaus Schanz wurde letzte Woche abgeschlossen. Auch dort sieht man, dass die Begrünung der Lagerwiese sehr spärlich ist und kann erst im kommenden Frühling eröffnet und stabil belastet werden. Auch beim Pumptrack ist es so. Ein Teil der Bepflanzung ist erfolgt in den letzten Tagen, ein Teil fehlt noch. Sie haben mehrmals nachgefragt und werden dranbleiben, wenn es notwendig ist. Es gibt auch noch eine Pendezen bezüglich der Ausfahrt, da die Leute direkt mit Tempo auf die Strasse fahren können, was noch korrigiert werden muss.

**Simone Good, Parteilos:** Im Bote vom Untersee und Rhein vom 7. November 2025 ist sie auf den Bericht bezüglich dem Parkhaus gestossen. Sie begrüsst die neue Parkkarte. Sind noch weitere Massnahmen geplant und was ist der Zeithorizont? Denn CHF 110'000.00 Mietkosten pro Jahr sind nicht gerade wenig.

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Es handelt sich um einen Pilotversuch von zwei Jahren. Es werden 30 Parkkarten herausgegeben. Weitere Massnahmen sind momentan nicht geplant, da es noch auf die Aufhebung des Undere Obschtmäarkt ankommt.

**Simone Good, Parteilos:** Was ist dort der Zeithorizont?

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Es soll im Januar 2026 losgehen. Der Stadtrat hat den Beschluss gefasst, wie die Mitwirkung laufen soll. Sie wird berichten, sobald sie mehr wissen.

**Immobilienreferent Ulrich Böhni:** Er möchte zum Thema Parkhaus noch ergänzen: Vor ca. einem Jahr hat der Einwohnerrat die Vorlage zur Miete und Aktualisierung des Parkierungskonzepts verabschiedet. Das Parkhaus wurde konzeptionell angemietet, um Parkplätze zur Verschönerung des Rheinufer und der Altstadt zu verlegen. Dazu gehört auch der Undere Obschtmäarkt und weitere Parkplätze. Gemäss Abmachungen mit der Jakob und Emma Winder-Stiftung gibt es eine Entschädigung zu Gunsten der Mehrkosten für die Verlegung der Parkplätze, die zu ca. 99 % Kompensation der Kosten führt. Dies ist auch so in der Vorlage festgehalten. Ihm ist bewusst, dass die Beschriftung noch eine gewisse Überarbeitung benötigt.

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Es kommt nicht darauf an, ob ein Auto im Parkhaus oder auf einem Aussenparkplatz steht, da die Parkierung im Parkhaus keinen Franken mehr Einnahmen einbringt. Es gibt eine gewisse Anzahl Parkplätze und die Einnahmen kommen von jedem Auto, das auf einem der Parkplätze parkiert. Das Parkhaus ist nicht teurer, sondern gleich teuer. Von dem her verlieren wir kein Geld, wenn die Leute draussen parkieren anstatt im Parkhaus. Offensichtlich hat es zu viele Parkplätze. Wir haben es bewusst so gemacht, dass der Undere Obschtmäarkt freigespielt wird und dafür erhalten wir auch eine Entschädigung von der Jakob und Emma Winder-Stiftung. Es gibt eine Verzögerung beim Undere Obschtmäarkt aufgrund der Projektlast. Es geht jetzt weiter und hoffen im Jahr 2027 fertig zu sein mit dem Undere Obschtmäarkt.

**Waltraud Zepf Getto, SP:** Man hat nicht zu viele oder zu wenige Parkplätze bei Veranstaltungen.

**Werner Käser, FDP:** Er wurde von einer Schaffhauserin angesprochen, dass eine Hochzeitsgesellschaft nach einer Hochzeit in der Stadtkirche alle eine Busse am Auto hatte. Offenbar haben sie nicht realisiert, dass sie auf Parkplätzen mit beschränkter Parkzeit standen und wir ein Parkhaus haben. Kann man etwas machen, um das Parkhaus Ortfremden noch bekannter zu machen?

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Es geht um die Wegleitung. Es ist immer ein Abwägen, wie viele Tafeln man anbringt. Wir möchten unser Städtli und unsere Strassen nicht mit Tafeln zupflastern. Ein Verbesserungspotenzial besteht aber. Vom Boll herfahrend hat sie genügende Hinweise auf das Parkhaus. Auf den grossen Tafeln des Kantons fehlt der Hinweis noch. Es mussten schon Tafeln entfernt werden, da es einfach zu viele waren. Die gute Mischung muss noch gefunden werden.

**Marco Suter, FDP:** Seines Wissens ist das Parkhaus auch nach 18.00 Uhr noch gebührenpflichtig, die Aussenparkplätze aber nicht, weshalb diese nicht ganz gleichwertig sind.

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Das ist Nachtparkieren. Sie meinte vorhin das Parkieren unter tags.

**Marco Suter, FDP:** Er denkt an die Abendgäste, die Nachtessen kommen und sehen, dass man im Parkhaus bezahlen muss, aber auf einem Aussenparkplatz nicht. So gäbe es Argumente gegen das Parkhaus.

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Im Winter wird sich das vielleicht wieder ändern.

**Simone Good, Parteilos:** Wie ist der Stand bezüglich dem Kita-Umbau?

**Immobilienreferent Ulrich Böhni:** Es gab eine Projektstudie zur Sanierung der Kita auf eine sanfte Art und Weise sowie mit einer kleinen Erweiterung. Der Umbau soll insofern nachhaltig sein, dass das Gebäude später auch anderweitig genutzt werden könnte, beispielsweise für Wohnraum. Die Studie wurde noch vertieft, im Einwohnerrat wurde darüber berichtet, dass es Schwierigkeiten mit der kantonalen Denkmalpflege gab. Dabei wurden gewisse Anpassungen vorgenommen und die Studie konnte abgeschlossen werden. Die Studie kam positiv kam heraus, ist günstiger und die Umsetzbarkeit

ist gut. Aktuell fehlt noch das Betriebskonzept, wie die Räume genutzt werden sollen und auch die Frage bezüglich des Mittagstisches muss noch geklärt werden. Nach Erarbeitung des Konzepts wird eine Vorlage ausgearbeitet und dem Einwohnerrat im nächsten Jahr, voraussichtlich im April, vorgelegt. Auch hier gibt es Absprachen mit der Jakob und Emma Windler-Stiftung bezüglich eines Beitrags. Die Stiftung hat bereits den Betrag, den sie für die Privatisierung der Kita im Herfeld zur Verfügung gestellt hätte, zugesichert. Aber auch bei diesem Projekt findet noch einmal eine Vorstellung und Besprechung in der Stiftung statt. Die Sanierung der Kita wäre ohne Fremdfinanzierung unmöglich umzusetzen.

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Sie möchte die Aussage ein wenig korrigieren. Der Stadtrat muss noch einen Antrag an die Stiftung stellen, damit wir es schriftlich haben, dass sie etwas bezahlen.

**Immobilienreferent Ulrich Böhni:** Es gibt bereits einen Protokollauszug, der die Beteiligung der Jakob und Emma Windler-Stiftung festhält.

**David Böhni, SVP:** Er läuft seit fast 40 Jahren an den Parkplätzen vor dem Chlosterhof vorbei. Seit 20 Jahren fragt er sich, wieso der Behindertenparkplatz der östlichste ist. Seiner Meinung ist der Suchverkehr ein grosses Problem, wenn die Autos von der Rheinbrücke herkommen und denken, dass der östlichste Parkplatz frei ist. Sie biegen ein, merken, dass es ein Behindertenparkplatz ist, können aber nicht mehr retourfahren, was zu Stau führt, da hinten bereits weitere Autos stehen. Weshalb muss der hinterste Parkplatz der Behindertenparkplatz sein, welcher auch noch am weitesten von der Parkuhr entfernt ist? Es wäre sinnvoller, wenn der Behindertenparkplatz als erstes kommen würde.

**Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer:** Die Behinderten könnten auf dem ersten Parkplatz nicht gut aussteigen, da es zu eng wäre und müssten somit rückwärts parkieren. Der Parkplatz müsste vergrössert werden.

**Finanzreferent Roman Suter:** Das Erkennen des Parkplatzes könnte man verbessern.

## Einwohnerrat Stein am Rhein

Daniel Ochsner  
Einwohnerratspräsident

Julia Schmid  
Ratssekretärin